



Udo Ulfkotte im Gespräch zum Thema Bürgerkrieg (!?)

CASTOR 2010

Aug 23 Das rote Medienimperium

Allgemein, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Bund, Bürger in Wut, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Politik, Rheinland-Pfalz, SPD, Saarland, Sachsen, Sachsen Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen

Add comments

Gefunden im Blog von BIW. Es ist sehr interessant zu lesen welche Partei wie und woran beteiligt ist. Hier am Beispiel der SPD. Man staunt!

Dann wird es auch klar warum bestimmte Medien eine gewisse Grundtendenz in ihrer Berichterstattung aufweisen. Das Schlimme daran sind in meinen Augen die Beteiligung von Parteien an (Medien-)Unternehmen, denn so werden sie selber zum Unternehmer, was wiederum Interessenkonflikte hervorrufen kann. Sowie die Interpretation des grundgesetzlichen Auftrags der Parteien "an der Meinungsbildung mitzuwirken".

Die Verquickung von Presse und Medien geht also deutlich über einzelne Personen und deren Präferenzen hinaus! Somit stellt sich mal wieder die Frage: Ist die veröffentlichte Meinung auch des Volkes Meinung oder nur die Meinung von lediglich 16% aller Wahlberechtigten (BT Wahl 2009)? :

SPD-Beteiligungen an Zeitungen und Radiosendern

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) hat sich in den letzten Jahrzehnten - weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit - ein umfangreiches Medienimperium in Deutschland aufgebaut. Die SPD ist an Zeitungen, Magazinen, Radiosendern, Fernsehproduktionsgesellschaften sowie an Verlagen und Druckereien beteiligt. Mitunter sind die Sozialdemokraten sogar alleinige Eigentümer dieser Unternehmen.

Die SPD ist die einzige Partei in Deutschland, die im großen Stil Medienbeteiligungen unterhält. Bei allen anderen Parteien nimmt sich das Engagement im Pressebereich dagegen bescheiden aus.

Die Medienbeteiligungen der SPD werden über die in Hamburg beheimatete Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd_vg) gesteuert, die sich vollständig im Besitz der Partei befindet.

Als Verlagsgruppe erreicht die dd_vg mit ihren Tageszeitungen eine Auflage von rund 435.000 Exemplaren, was bundesweit einem Marktanteil von 1,9 Prozent entspricht. Darüber hinaus ist die SPD über ihre Medienholding dd_vg an über 70 weiteren Zeitungen mit einer Gesamtauflage von über 6 Millionen Exemplaren beteiligt, die mehr als 12 Millionen Leser erreichen dürften.

Das Mediennetzwerk der SPD

Kaum ein Bürger weiß, wie stark die Sozialdemokraten über Beteiligungs- gesellschaften mit der Medienlandschaft in Deutschland verflochten sind.

Nachfolgend eine Liste der Print- und Funkmedien, die sich ganz oder teilweise im Besitz der SPD befinden (in alphabetischer Reihenfolge):

Umfrage

Sorry, there are no polls available at the moment.

- Polls Archive

Letzte Artikel

- Einheit ganz außen - NPD und DVU könnten dieses Jahr noch Fusionieren
- Neues Buch von Dr. Udo Ulfkotte über die Kosten der Migration
- Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte
- Nachrichten
- CASTOR 2010

Letzte Kommentare

- Kersti Wolnow bei Das rote Medienimperium
- Sina bei Führerschein mit 17
- FreundundHelfer bei Gemischte Streifen
- Wieso bei Gemischte Streifen
- illness bei Gemischte Streifen

Kategorien

- Allgemein (230)
- Antifa (107)
- Arbeit-Familie-Vaterland (15)
- Ausländer (100)
- Baden-Württemberg (43)
- Bayern (43)
- BDK (9)
- Berlin (92)
- Brandenburg (34)
- Bremen (41)
- Bund (60)
- Bundesländer (166)
- Bündnis 90/ Grüne (43)
- Bürger in Wut (20)
- CDU (87)
- Die Linke (69)
- DPoG (19)
- DVU (9)
- Exkurs (47)
- Extremismus (132)
- FDP (20)
- Finanzen (28)
- Fußball (6)

besitz der SPD betreffen (in alphabetischer Reihenfolge).

Printmedien:

Chemnitzer Morgenpost
Cuxhavener Nachrichten
Delitzscher Rundschau
Döbelner Rundschau
Dresdner Morgenpost
Dresdner Neuesten Nachrichten
Eilenburger Rundschau
Frankenpost
Frankfurter Rundschau
Freies Wort
Göttinger Tageblatt
Grimmaische Rundschau
Hannoversche Allgemeine
Kieler Nachrichten
Leipziger Rundschau
Leipziger Volkszeitung
Lippische Landeszeitung
Lübecker Nachrichten
Morgenpost Sachsen
Neue Presse Coburg
Neue Presse Hannover
Neue Ruhr Zeitung (NRZ)
Neue Westfälische
Niederelbe Zeitung
Nordbayerischer Kurier
ÖKO-TEST Magazin
Oschatzer Rundschau
Sächsische Zeitung
Südthüringer Zeitung
Vogtland Anzeiger
Vorwärts
Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)
Westfälische Rundschau
Wochenspiegel Sachsen
Wochenspiegel Thüringen

Rundfunksender:

Antenne Sachsen
Antenne Thüringen
Hit Radio Antenne Niedersachsen
Hit Radio Brocken
Radio Bielefeld
Radio Emscher Lippe
Radio EN
Radio FFN
Radio Gütersloh
Radio Herford
Radio Hochstift
Radio Lippe
Radio Mainwelle
Radio Westfalica
Radio 91.2 (Lokalfunk Dortmund)

Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie wird laufend ergänzt, sobald uns neue Medien mit SPD-Beteiligung bekannt werden.

Parteifinanzierung oder politische Meinungsmache?

- russen (0)
- Gastbeiträge & Fremdartikel (67)
- GdP (24)
- Gewalt (101)
- Gewalt gegen Polizei (88)
- Hamburg (55)
- Hessen (45)
- Islam (24)
- Linksextremismus (119)
- Mecklenburg-Vorpommern (38)
- Mobbing und Vorstufen (26)
- Niedersachsen (62)
- Nordrhein-Westfalen (85)
- NPD (29)
- Politik (184)
- Pro NRW/Pro Köln (29)
- Rechtsextremismus (75)
- Religiöser Extremismus/Fundamentalismus (60)
- REP (10)
- Rheinland-Pfalz (31)
- Saarland (31)
- Sachsen (71)
- Sachsen Anhalt (36)
- Schleswig-Holstein (35)
- Sonstige Kriminalität (159)
- SPD (67)
- Thüringen (40)

Links

- Dokumentation
- FAQ
- Support-Forum
- DpolG
- GdP
- BDK
- Polizei Thüringen
- Polizei Schleswig-Holstein
- Polizei Sachsen Anhalt
- Polizei Sachsen
- Polizei Saarland
- Polizei Rheinland-Pfalz
- Polizei NRW
- Polizei Niedersachsen
- Polizei Hessen
- Polizei Hamburg
- Bundespolizei
- Polizei Bremen
- Polizei Brandenburg
- Polizei Berlin
- Polizei Bayern
- Polizei Baden-Württemberg
- Pro NRW
- Pro Köln
- Bürger in Wut
- DVU
- Republikaner
- NPD
- Bündnis 90/ Die Grünen
- SPD
- CDU
- Arbeit-Familie-Vaterland
- CDU Politik
- Vaterland-Deutschland kontrovers
- FDP
- DIE LINKE
- DKP
- Staats- und Wirtschaftspolitische

Erklärermaßen verfolgt die dd_vg das Ziel, durch Gewinnausschüttung zur finanziellen Unabhängigkeit der SPD beizutragen. Der Beitrag, den die dd_vg zu den Einnahmen der Partei leistet, ist allerdings gering: 2003 etwa wurden aus dem Bilanzgewinn der dd_vg 5,1 Millionen Euro an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Gesellschafterin ausgeschüttet, was nur rund 4 Prozent der Gesamteinnahmen der Partei entsprach.



Obwohl § 24 Abs. 4 Nr. 5 Parteiengesetz Einnahmen der Parteien aus Unternehmertätigkeit und Beteiligungen ausdrücklich vorsieht, muß man sich doch fragen, ob solche Einkünfte für eine Partei, die an der staatlichen Parteienfinanzierung teilnimmt und damit großzügig aus Steuergeldern alimentiert wird, überhaupt opportun sind.

In einigen Medienhäusern, an denen die SPD Beteiligungen hält, haben verdiente Genossinnen und Genossen gutdotierte Positionen inne.

Ein Beispiel ist Bodo Hombach, unter Bundeskanzler Schröder Ende der neunziger Jahre Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben. Heute leitet Hombach als [Geschäftsführer die WAZ-Mediengruppe](#), eine Position, die er seit 2002 bekleidet.

Uwe-Carsten Heye, früherer Staatssekretär und Regierungssprecher der Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder, ist heute [Chefredakteur des Parteiblattes „Vorwärts“](#).

Kritiker unterstellen der SPD, mit ihrem umfangreichen Engagement im Mediensektor zumindest mittelbar auch politischen Einfluß auf die redaktionellen Inhalte ausüben zu wollen.

Lokale Tageszeitungen, die den größten Teil des SPD-Medienimperiums ausmachen, sind für viele Bürger zur unverzichtbaren Morgenlektüre geworden. Diese Printmedien haben deshalb einen wichtigen Einfluß auf die Meinungsbildung und die politische Entscheidungsfindung in Deutschland.

Dem Trend der letzten Jahre folgend haben viele Tageszeitungen ihre Präsenz im Internet deutlich ausgeweitet. Hier erreichen die Verlage vor allem ein jüngeres Zielpublikum. Ein nach wie vor bedeutsames Informationsmedium ist auch das Radio, dessen Berichterstattung viele Menschen durch den Tag begleitet. An zahlreichen privaten Rundfunkstationen, die in den letzten Jahrzehnten wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, ist die SPD mittlerweile ebenfalls beteiligt.

Medien berichten, kommentieren, informieren. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung. Vielfach werden Presse, Funk und Fernsehen in Demokratien auch als „Vierte Gewalt“ bezeichnet. Denn ihnen ist die Funktion

Gesellschaft e.V.

- Weisser Ring
- Linksextreme Vorfälle melden
- Bündnis für Freiheit und Demokratie

Archiv

- August 2010 (18)
- Juli 2010 (4)
- Juni 2010 (8)
- Mai 2010 (37)
- April 2010 (42)
- März 2010 (21)
- Februar 2010 (29)
- Januar 2010 (20)
- Dezember 2009 (11)
- November 2009 (1)
- Oktober 2009 (5)
- September 2009 (19)
- August 2009 (34)
- Juli 2009 (17)
- Juni 2009 (35)
- Mai 2009 (48)
- April 2009 (47)
- März 2009 (29)

Meta

- Anmelden
- Entries (RSS)
- Comments (RSS)
- WordPress

Antifa Ausländer Ausländergewalt

Ausländerrecht Bündnis90/Die

Grünen Berlin CDU

Demonstration DPoIG EU Europa

Familiensonntag Finanzen GdP

Gerichtsurteil Gewalt Grundgesetz

Hamburg Hessen Innenpolitik Islam

Islamisierung Islamisten

Körting Kampf gegen Rechts Kriminalität

Kulturbereicherer

legalistische Islamisten LINKE

Linksextremisten

Linksradikale Niedersachsen

NPD NRW Personalpolitik

Politikpraxis politisch

motivierte Gewalt Polizei

Rechtsextremismus Sachsen

SPD

Strafrechtsverschärfung

Wahlen Wahnsinn

Widerstand gegen

Vollstreckungsbeamte

WP Cumulus Flash tag cloud by Roy Tanck
and Luke Morton requires Flash Player 9 or
better.

zugedacht, Politik und Parteien zu kontrollieren. Medienbeteiligungen der Parteien können diese wichtige Aufgabe konterkarieren, insbesondere natürlich dann, wenn für den Bürger gar nicht erkennbar ist, daß z.B. die SPD hinter einer bestimmten Zeitung oder einem Radiosender steckt.

Die Position der BIW

In einem Grundsatzurteil vom 12. März 2008 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß der Gesetzgeber Parteien und Wählervereinigungen eine Beteiligung an Rundfunkanstalten nur dann verbieten darf, wenn sie bestimmenden Einfluß auf die Programmgestaltung oder die Programminhalte nehmen können. Das gilt analog auch für Verlage und andere Medienhäuser.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung aber offen gelassen, wann diese Voraussetzung tatsächlich gegeben ist. Nicht einmal eine Mehrheitsbeteiligung i.S.v. § 17 Abs. 2 Aktiengesetz ist nach Meinung von Karlsruhe ausreichend, um eine solche Einflußnahme einfach zu unterstellen. Es ist deshalb schwierig, geeignete Kriterien zu definieren, die es rechtfertigen würden, Parteien den Erwerb von Anteilen an Medienunternehmen gesetzlich zu untersagen.

Ein absolutes Verbot für Parteien, sich an Verlagshäusern oder Rundfunkanstalten zu beteiligen, ist jedenfalls unzulässig, denn das würde nach höchstrichterlicher Auffassung einen Verstoß gegen Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG darstellen.

Die BIW sprechen sich deshalb für eine Kennzeichnungspflicht als eine Alternative zu Beteiligungsverboten aus:

Presseerzeugnisse, Rundfunk- und Fernsehsender müssen in ihrem Impressum ausdrücklich darauf hinweisen, wenn eine Partei oder eine Wählervereinigung mit mindestens 5 Prozent Gesellschafter ihres jeweiligen Medienunternehmens ist. Dadurch würde Transparenz geschaffen, die es dem Bürger ermöglichte, die in einer solchen Publikation veröffentlichten Berichte und Kommentare politisch einzuordnen. Die Gefahr einer verdeckten Beeinflussung durch die Parteien und damit ein Mißbrauch der Pressefreiheit in Deutschland könnten so weitgehend ausgeschlossen werden.

Weiterführende Internetlinks zum Thema:

[Zur Internetseite der Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH \(dd_vg\)](#)

[Ein Artikel der FAZ zum Thema](#)

[Geschäftsbericht der dd_vg 2007 \(PDF-Dokument - 1.757 KB\)](#)

[Übersicht der Medienbeteiligung nach Bundesländern \(Stand 2003\)](#)

[Medienmonopol Madsack kauft Springer Beteiligungen ab \(die dd_vg ist beteiligt\)](#)

[Die dd_vg bei Wikipedia](#)

[Ein Blogger versucht Licht ins Dunkel der SPD-Medienbeteiligungen zu bringen](#)

[SPD-Medienbeteiligungen im Freistaat Sachsen \(PDF-Dokument, Stand 16.01.2004\)](#)

One Response to "Das rote Medienimperium"



Kersti Wolnow sagt:
24. August 2010 um 07:39

Da es keine ideologischen Unterschiede innerhalb der 5-Parteienlandschaft gibt, kann es egal sein, wer welche Zeitung besitzt. Rot/grün gefärbt sind sie daher alle, nur wachen die Leute langsam auf und sehen, dass das schöngefärbte Bild von Multikulti in den Medien hart von der Realität abweicht.

Leave a Reply

Name (required)

Mail (will not be published) (required)

Website

Submit Comment

